agenzia fides
Fondata nel 1927
Organo di informazione delle Pontificie Opere Missionarie
http://www.fides.org

ASIEN/PAKISTAN - Zukunftsperspektiven für Christen nach der Wahl: Blasphemie-Paragraph bleibt Hauptproblem

Islamabad (Fidesdienst) – Welche Zukunftsaussichten gibt es für Christen in Pakistan? Nach der jüngsten Wahl, aus der die „Pakistan Muslim League-Nawaz“ (PML-N) als Sieger hervorging, womit Nawaz Sharif neuer Regierungschef des Landes wurde, sind viele Christen skeptisch. Bei einer jüngsten Konferenz, an der christliche Politiker teilnahmen, wurde sogar betont, dass sich Christen Sorge um die eigene Zukunft machen. Zu den wichtigsten offenen Fragen gehört nach Ansicht der christlichen Politiker weiterhin der so genannte Blasphemie-Paragraph, der oft auf Mitglieder religiöser Minderheiten angewandt wird. Der christliche Anwalt Nadeem Anthony erklärt gegenüber dem Fidesdienst: „Die meisten Christen machen sich keine großen Hoffnungen im Hinblick auf die Regierung unter Sharif, da dieser einen konservativen religiösen Ansatz vertritt und Verbindungen zu radikalen Gruppen unterhält. Sharif ist zudem ein Befürworter des Blasphemieparagraphen, der zu den Hauptgründen für die Probleme von Christen in Pakistan gehört“. So lange das Blaspehmiegesetz nicht geändert werde, so der Anwalt, werden pakistanische Christen weiterhin in Bedrängnis sein.
Die kritische Lage von Christen dokumentiert auch ein Bericht zu den antichristlichen Übergriffen in Gojra, bei denen im Jahr 2009 acht Christen, darunter zwei Kinder, bei lebendigem Leib verbrannt wurden. Nach Ansicht der Autoren sind Vertreter der „Pakistan Muslim Leage-Nawaz“ mitverantwortlich, die damals seit kurzem die Provinz Punjab regierte. Der Anschlag am 31. Juli 2009 war eine Art „Massenvergeltung“, bei der hunderte Wohnungen in Brand gesteckt wurden. Auslöser waren unbegründete Vorwürfe der Blasphemie gegen drei Christen. Die Sicherheitskräfte griffen damals nicht ein. Politiker der PML-N hatten zu dem Vergeltungsschlag aufgerufen. Für die christlichen Familien gab es kein Entkommen bei dem Überfall, an dem rund 7.000 aufgebrachte Muslime teilnahmen. Zwar wurden in den darauf folgenden Jahren von der Regierung der Provinz Punjab Wiederaufbauprogramme auf den Weg gebracht, doch rund 50 christliche Familien haben das Land endgültig verlassen. Nur 17 Personen wurden im Zusammenhang mit dem Überfall vor Gericht gestellt, 113 Verdächtige wurden nach wenigen Monaten aus der Untersuchungshaft entlassen: „Zeugen wurden systematisch eingeschüchtert und zum Schweigen gezwungen“, so der Geschäftsführer der bischöflichen Justitia-et-Pax-Kommission, Peter Jacob. (PA) (Fidesdienst, 03/06/2013)

I contenuti del sito sono pubblicati sotto Licenza Creative Common - http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.it